

geben, die für jede dauerhafte Lösung wesentlich erscheint . . .

Israel hat als eine konstruktive Maßnahme seine Bereitschaft unterstrichen, an einer Konferenz mit den arabischen Staaten, den zuständigen Organisationen der UNO sowie mit jenen Staaten teilzunehmen, die zu der Flüchtlingshilfe beitragen, um eine praktische Lösung des Problems der arabischen Flüchtlinge zu diskutieren. Israel hat vorgeschlagen, daß ein Fünfjahresplan für die Ansiedlung der Flüchtlinge und ihre Eingliederung in die regio-

nale Wirtschaft in Gang gebracht wird⁷. Israel würde zu einem Fonds beitragen, der die Mittel für Unterbringung, Berufsausbildung, Wiederansiedlung, wirtschaftliche Eingliederung und Entschädigung für zurückgelassenes Eigentum zur Verfügung stellen könnte. Solche Konsultationen und die Inangasetzung eines Fünfjahresplans für Flüchtlinge könnte einen wesentlichen Beitrag für eine endgültige Friedensregelung im Nahen Osten darstellen.

⁷ S. o. S. 52, Anm. 7a.

VI Israel und neue Linke¹

Von Pfarrer Martin Stöhr, Leiter der Evangelischen Akademie Arnoldshain

Die folgende Darlegung knüpft an die Tendenz der neuen Linken zu Israels an, die sich in Beirut im Mai 1968 bereits abgezeichnet hat². Pfarrer Stöhr geht u. a. auch ein auf die „fatale Ähnlichkeit zwischen der traditionellen christlichen Judenfeindschaft und dem traditionellen sozialistischen Antizionismus“. (Vgl. u. S. 74 f.)

Ein Teil der neuen Linken wehrt sich dagegen, daß man ihren Antizionismus und ihre Kritik am Staat Israel als Antisemitismus bezeichnet. Diese Abwehr ist *nur* berechtigt, wenn man unter Antisemitismus das Konglomerat antisemitischer Vorurteile sieht, das die deutschen Faschisten propagierten und praktizierten. Es darf aber nicht übersehen werden, daß der faschistische Antisemitismus nahtlos an einen breiten Strom des Antisemitismus seit der Antike anknüpfen konnte. An diesem latenten und oft genug sich tödlich manifestierenden Strom haben auch die islamischen Staaten ihren Anteil. Nur eine romantisierende Stilisierung kann von einer immer friedlichen jüdisch-arabischen Koexistenz sprechen. So singulär der deutsche Faschismus und sein Mord an den Juden ist, ebenso stark aber zeigt er, wie vorhandene Vorurteile, Feindprojektionen, verweigertes Existenzrecht, ökonomisches Gefälle zwischen verschiedenen Gesellschaften, Spielen mit militärischer (realer oder eingebildeter) Stärke zur Vernichtung eines Volkes führen kann. Wer nicht klipp und klar für ein staatliches Existenzrecht Israels, anerkannt durch seine Nachbarn, eintritt, macht sich der Vorbereitung eines neuen Krieges mitschuldig. Dessen objektive Gründe liegen in der verweigerten Anerkennung eines Drei-Millionen-Staates durch seine 100 Millionen arabischer Nachbarn und deren Staaten. Eine Verschärfung dieses Krieges droht immer dadurch, daß beide Seiten nicht ohne Hilfe durch die westlichen und östlichen Großmächte leben können. Da die Interessen z. B. der Sowjetunion nicht mit denen der Araber identisch sind und die der USA nicht mit denen Israels, wird Gerechtigkeit, Frieden und Unabhängigkeit für alle in Nahost erst möglich sein, wenn die dort lebenden Völker den Einfluß der Großmächte möglichst gering halten. Das setzt aber voraus, daß man von arabischer Seite den Staat Israel anerkennt, also verhandelt und nicht mehr mit der Vernichtung des jüdischen Staates droht. Wer sagt: „Kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel“ (Nasser auf dem arabischen Gipfeltreffen in Khartoum, 1. 9. 1967 [sowie seine Rede vom 6. 11. 1969 in Kairo, s. o. S. 35, Anm. 1], bereitet objektiv Krieg vor, auch wenn er ihn nicht will.

¹ Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und der Schriftleitung entnommen aus „Emuna“ (IV/4). August 1969. S. 276 ff.

² Vgl. FR XX/1968. S. 58 ff.

Die Alternative zur Nichtanerkennung und zu Nicht-Verhandlungen bedeutet Krieg (oder ein Diktat zum Frieden durch die Großmächte, das den Krieg nur zeitweise vertagt). Über Grenzen, über die Lösung des Problems der Flüchtlinge (die bisher zu Objekten einer die wahren Interessen dieser Flüchtlinge geradezu verrätenden Politik durch die arabischen Regierungen instrumentalisiert wurden) war und ist Israel bereit zu sprechen. Wer das leugnet, indem er Israel Rassismus, Chauvinismus, Imperialismus als angebliche Konsequenzen des Zionismus vorwirft, verschleiert die wahren Ursachen. Wer Kritik an israelischer Besatzungspolitik, an Vergeltungsaktionen, an der Annahme von militärischer Hilfe übt – was man kann –, der darf nicht übersehen, daß die Ursachen dieser Kritik zu beheben sind: durch Friedensverhandlungen Israels mit seinen arabischen Nachbarn.

Es ist Zynismus oder Verblendung zu behaupten, 2,5 Millionen Juden bedrohten die 100 Millionen Araber. Wer sagt, die Drohungen, den Staat Israel zu vernichten und die Juden ins Meer zu werfen (vgl. die massenhaft dokumentierbaren Bilder und Publikationen), seien angesichts der arabischen Volksmentalität nicht so ernst gemeint, der denkt elitär über die arabischen Volksmassen, um deren Gerechtigkeit und Freiheit es doch auch gehen soll, der degradiert sie zu Akklamationsmarionetten, die nicht sehen dürfen, wie ihre eigenen Interessen (z. B. Anteil am Ölreichtum und an der Industrialisierung, Bildungschancen, Informations- und Koalitionsfreiheit) durch Ablenkung auf einen äußeren Feind schmählich verraten werden. Wer die Volksbefreiungsbewegungen Palästinas dem legitimen Kampf der algerischen oder vietnamesischen Freiheitsfront gleichsetzt, hat sie damit noch nicht gerechtfertigt. Historische Parallelen sind keine politischen oder moralischen Sachargumente. Eine palästinensische Freiheitsfront hätte darzulegen, daß ihre Mittel (Gewalt und Terror) dem Zweck (Unabhängigkeit und Frieden der im Nahen Osten lebenden Völker und eine menschenwürdige Existenz der Flüchtlinge) wirklich dienen. Das ist nicht der Fall. Die Vernichtungspropaganda gegenüber Israel ist nicht gestoppt, für die Flüchtlinge wird nichts getan, Israel wird zum Sündenbock aller innenpolitischen Schwierigkeiten und zum notwendigen Kitt der arabischen Einheit. Andere Mittel – Verhandlungen und Anerkennung – sind zur Erreichung der genannten humanen Ziele tauglicher. Es gibt genügend Gesprächspartner in Israel, wenn man nur bereit ist, von der Feindprojektion eines zionistischen Imperialismus und der illusionären Zweck-Mittel-Relation abzugehen.

Israels Existenz ist noch immer eine erweiterte Getto-Existenz. Seine Emanzipation in der Völkerwelt ist nur durch die Normalität anerkannter Staatlichkeit im Verband mit seinen Nachbarn möglich³, deren Entwicklung und Selbständigkeit dadurch nur gefördert werden kann.

Die antiisraelischen Teile der neuen Linken täuschen sich, wenn sie die Auseinandersetzung in Nahost in das Koordinatensystem eines Kampfes des „imperialistischen“ Israels gegen „sozialistische“ arabische Länder zeichnen. Es geht um soziale Gerechtigkeit und Emanzipation für alle. Die realen demokratischen und sozialistischen Experimente und Strukturen in Israel bedeuten in gewissem Sinn einen eigenen Weg zum Sozialismus, der sich mit dem sehr berechtigten Streben der arabischen Völker nach Gerechtigkeit und Demokratie treffen könnte. Die europäischen sozialistischen Modelle, durch bürokratischen Stalinismus angeschlagen, vertragen ein spezifisch in Nahost entwickeltes Korrektiv ebenso wie die unter anderen Umständen entwickelten sozialistischen Modelle etwa Kubas oder Chinas.

Die Christenheit hat bisher durch die meisten ihrer etablierten Institutionen und Sprecher eine ebenso platonische Absage an den Antisemitismus gegeben, wie ihn große Teile der christlichen und sozialistischen Studenten auch gegeben haben. Hier wie dort schwört man einer Selbstverständlichkeit ab in dem stolzen Bewußtsein, damit schon etwas geleistet zu haben. Man tut tapfer zweite Schritte aufs Jenseits oder auf eine revolutionäre Zukunft zu, ohne den ersten Schritt zu tun: in der Gegenwart die politische Arbeit zu leisten, einem bedrohten Staat, dessen Bevölkerung gerade einem Völkermord entging, das Lebensrecht zu sichern und den arabischen Flüchtlingen und Nationen zu größerer ökonomischer, politischer und sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit zu helfen. *Es gibt eine fatale Ähnlichkeit zwischen der traditionellen christlichen Judenfeindschaft und dem traditionellen sozialistischen Antizionismus* [Hervorhebung d. Red. d. FR]. Im Christentum und im Sozialismus sind beide Haltungen noch immer unaufgeklärte Positionen (Marx übernahm unkritisch den bürgerlichen Antisemitismus), von denen aus Fanatismus, Reaktion und Vorurteile an Boden gewinnen. Beide Positionen definieren den Juden und Israel von außen, nach dem Bild, das man sich von ihnen macht. Hier wie dort gerät man in Widerspruch zu seinen eigenen humanen Ausgangspunkten und Zielen. Der christliche Judenhaß wurde auf eine doppelte Weise wirksam: als

metaphysische Legitimation zur Isolierung und Verfolgung der Juden, indem man sie als Christusmörder oder Anachronismen der Heilsgeschichte denunzierte. Darüber hinaus wurde die Widerstandsschwelle gegen jeden Judenhaß durch die christliche Verkündigung gesenkt. Die aufklärerische und sozialistische Position befindet sich zutiefst in einem geheimen Einverständnis mit dieser „christlichen“ Denkstruktur. Im Grunde handelt es sich um die Variation des Satzes, den Clermont-Tonnère in der französischen Nationalversammlung sagte: „Den Juden als Nation ist alles zu verweigern, den Juden als Menschen aber ist alles zu gewähren.“ *Die Judenpolitik der christlichen und sozialistischen Staaten handelt nach diesem Schema, das den Menschen in seiner Besonderheit negiert, also inhumanen Zwang zur Assimilation ausübt* [Hervorhebung d. Red. d. FR]. Die Juden werden erst akzeptiert, wenn sie so sind, wie andere es (christlich, sozialistisch oder aufklärerisch) definieren. Sie sollen sich von ihrem Jüdissein emanzipieren, sonst werden sie als rassistisch, theokratisch oder zionistisch der anachronistischen Reaktion zugerechnet: Insofern droht immer die Gefahr, daß sozialistisches (oder christliches) Wollen kooperiert mit den tatsächlichen reaktionären Kräften. Nazipropagandisten in arabischen Diensten sind dafür ein Beispiel, wie die faktische Kooperation zwischen Hitler-Deutschland und einflußreichen arabischen Gruppen und Personen. Die gleichen Argumente bei Teilen der Linken und der extremen Rechten in Westeuropa sind ein alarmierendes Indiz. Es genügt nicht, sich selbst als links oder sozialistisch zu verstehen, um automatisch vom Verdacht der Judenfeindschaft befreit zu sein. Antizionismus führt zu den gleichen Folgen wie Antisemitismus: zur Weigerung, jüdische Identität anzuerkennen, die Benutzung der Juden als Feindsymbol, zur angedrohten und schließlich vollzogenen Vernichtung oder Unterdrückung – wenn die Juden sich nicht wehren. Es gibt eine fatale Vorliebe unter Vulgär-Christen und Vulgär-Sozialisten für den leidenden, verfolgten Juden.

Er ist brauchbar im eigenen Weltbild, er nimmt dort meinen Vorurteilen keinen Platz weg. Ein Jude, der sich behauptet und gleichzeitig dabei einen realen Beitrag für eine neue Gesellschaftsordnung leistet, von der viele andere nur träumen oder reden, scheint untragbar. Er sucht für Israel noch immer das menschliche Grundrecht: in Frieden mit seinen Nachbarn und zum Aufbau größerer sozialer Gerechtigkeit im ganzen Gebiet des Nahen Ostens leben zu dürfen.³

³ S. u. S. 48 f. (Anm. d. Red. d. FR).

[Anmerkung 3 = wie auf Spalte links.]

VII Das „reaktionäre“ Israel und die „progressiven“ Araber

Brief an einen linksstehenden Freund¹

Selten noch hat man eine kleine Nation mit so vielen verurteilenden und demütigenden Bezeichnungen versehen. Den Aussprüchen Deiner Genossen und den Artikeln Eurer Zeitungen zufolge ist die zionistische Bewegung, der ich

angehöre, nationalistisch, chauvinistisch, rassistisch. Ich vernehme, daß mein Land eine gefährliche imperialistische Waffe sei, gerichtet gegen die nach Freiheit dürstenden und um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Nationen. Daß die aggressive Politik meiner Staatsführer auf Austreibung, Eroberung und Expansion beruhe. Daß wir in ein Land gekommen seien, das uns nicht gehörte, daß wir es gestohlen, seine Bewohner verjagt und zu armen Flüchtlingen gemacht haben. Und daß wir auf diese Weise die

¹ Der Verfasser des Briefes Dov Bar-Nir ist Journalist, gehört der Mapam an (Partei linksgerichteter Sozialisten). Der Beitrag ist entnommen aus „Imperialism in the Middle East Conflict“, herausgegeben von dem „Ad hoc Committee for Peace in the Middle East“, London 1969.